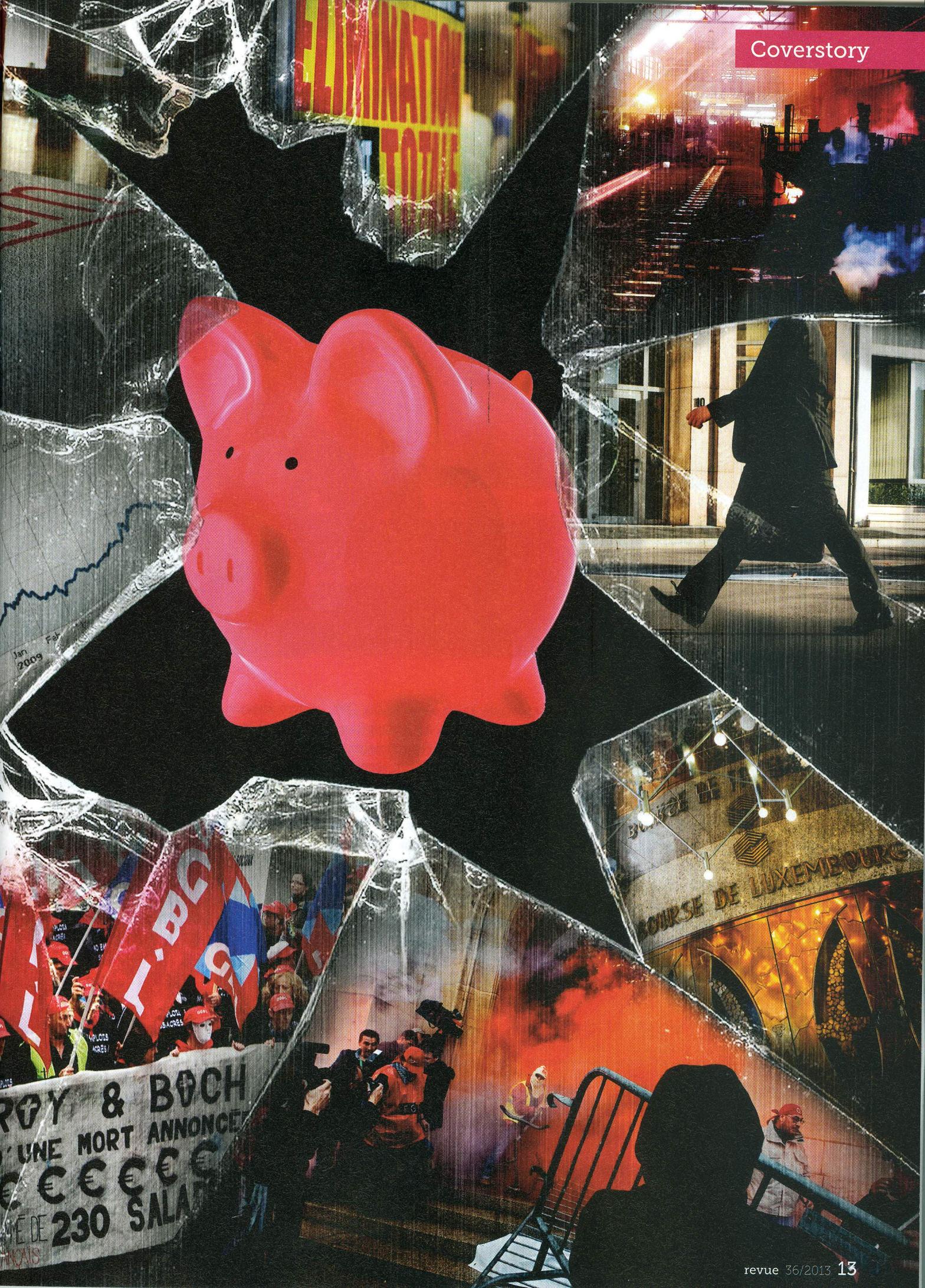




Die Krise lebt

Was vor fünf Jahren mit einem **Crash** an den Weltbörsen begann, hat zuerst die Luxemburger Banken, dann die Wirtschaft und schließlich unsere ganze Gesellschaft erfasst.

Text: Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@revue.lu)
Mitarbeit: Manda Weber
Fotos: Cheryl Cadamuro (10), revue-Archiv, Editpress (2)



ROY & BOCH
UNE MORT ANNONCÉE
€€€€€€€€€€
230 SALAIRES

BOURSE DE LUXEMBOURG

Es war wie ein Tsunami. „Die Worte stammen von Anders N., der den Börsencrash am 15. September 2008 erlebt hat. Er möchte nicht, dass sein richtiger Name genannt wird. Zu jener Zeit arbeitete der zweifache Familienvater in Luxemburg für eine Bank, die schnell in den Sog der schwersten globalen Finanzkrise seit Jahrzehnten geriet. Er verlor seinen Job. Existenzängste plagten ihn. Er machte sich Sorgen um die Zukunft seiner Familie. „Etwas lag in der Luft“, sagt er. „Aber wir verdrängten es.“

Das weltweite Beben kündigte sich mit einer Eilmeldung der Nachrichtenagenturen an: „Lehman Brothers will Konkurs anmelden.“ Die New Yorker Investmentbank war 158 Jahre nach ihrer Gründung am Ende. Dabei hatte alles mit einem Boom begonnen. Die US-Notenbank hatte jahrelang Geld auf den Markt gepumpt und die Leitzinsen niedrig gehalten. Die Banken vergaben leicht Kredite, immer mehr Amerikaner liehen sich Geld, um ein Eigenheim zu kaufen – selbst jene, die vorher nie einen Kredit bekommen hätten. Auf dem amerikanischen Immobiliensektor bildete sich eine riesige, giftige Blase. Das Gift bestand aus faulen Krediten. Als die Blase platzte, geriet die Finanzwelt ins Wanken.

Der Konkurs von Lehman führte zum Kollaps eines ganzen Systems. Die Aktienkurse stürzten in den Keller. Anleger zogen ihr Kapital ab, weltweit brachen die Börsen ein. „Ein Kartenhaus von Krediten“, das in sich zusammenfiel, nennt es der Finanzexperte Max Otte und spricht von einem „System der organisierten Verantwortungslosigkeit“. In den Ruinen dieses Kartenhauses kamen Fälle wie der des Milliardenbetrügers Bernard L. Madoff zum Vorschein, der jahrzehntelang mit seinem Investmentfonds einen Schaden von mehr als 50 Milliarden Euro verursacht hatte.



Krisenstimmung: Auch wenn die Luxemburger – laut Umfragen – die Krise besser weggesteckt haben als andere, sehen viele die soziale Kohäsion in Gefahr.

Vorher kannte kaum jemand Max Otte. Der Leiter eines Instituts für Vermögensverwaltung und unabhängige Fondsmanager unterrichtete Betriebswirtschaft im deutschen Worms. Nebenbei baute er Gemüse an, das er im Keller seines Hauses in Köln lagerte. Darüber hinaus hatte er ein paar Bücher geschrieben. Eines davon hieß „Der Crash kommt“, in dem Otte als einer der wenigen die Finanzkrise voraussagte.

Auch Jean-Jacques Rommes las das Buch im Sommer 2008. „Als ich aus dem Urlaub

zurückkehrte, trat das ein, was Otte vorausgesagt hatte“, erzählt der Chief Executive Officer CEO der „Association des Banques et Banquiers Luxembourg“ (ABBL). Die Krise griff wie ein Virus um sich. Sie vernichtete auf den Finanzmärkten, laut Schätzungen, 50 Billionen Dollar. Die Branche geriet in die Vertrauenskrise, Bankmanager wurden – in Anlehnung an das Wort „Gangster“ – als „Bankster“ gebrandmarkt.

Der Finanzplatz Luxemburg kam nicht ungeschoren davon. In den Sog gerieten

CHRONOLOGIE EINER KRISE

15. September 2008:

Lehman Brothers meldet Insolvenz an.

November 2008:

Die Europäische Zentralbank senkt ihren Leitzins auf 3,25 Prozent.

Februar 2009:

In Luxemburg sind mehr als 9.000 Menschen von der Kurzarbeit betroffen.

Mai 2009:

Die EZB senkt zum siebten Mal seit Oktober den Leitzins auf 1 Prozent.

Oktober 2008:

Die Finanzminister der sieben führenden Industrienationen (G7) beschließen einen gemeinsamen Aktionsplan.

Dezember 2008:

Festnahme von Bernard L. Madoff wegen Verdachts auf Milliardenbetrug.

April 2009:

Die G20-Staaten beschließen beim Weltfinanzgipfel strengere Kontrollen und Regeln für die internationalen Finanzmärkte.



Bänker als „Bankster“: Widerstand gegen das Hauptquartier der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main.



Ich bin meinen guten Ruf los. Zudem ist mir ein Top-Job durch die Latten gegangen.

die isländischen Banken Landsbanki und Kaupthing. Bei der Pleite der ersteren verloren hierzulande 140 Angestellte ihren Job. Bei der zweiten wurde die luxemburgische Niederlassung in die Banque Havilland umgewandelt – die von den Geretteten schnell als „Happyland“ bezeichnet wurde.

Weltweit strauchelten immer mehr Finanzhäuser, die Banken liehen sich untereinander kaum noch Geld. Im Herbst 2008 beschlossen die Industrieländer Milliardenhilfen zur Rettung des Bankensystems.

Sieben der führenden Notenbanken, allen voran die amerikanische Fed, senkten die Leitzinsen, die Europäische Zentralbank auf ein Prozent.

Es folgten Liquiditätsprogramme und der Ankauf von Anleihen und Wertpapieren, so auch in Luxemburg: Während sich die Regierungen Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs im Fall Dexia BIL auf eine Garantie in Höhe von 90 Milliarden Euro einigten und Luxemburg dabei drei Prozent der Garantie hatte, also 376 Millionen Euro, stieg der lu-

xemburgische Staat mit 2,5 Milliarden Euro bei der Fortis Banque Luxembourg ein. Die Wandelanleihe wurde in Aktien umgewandelt, so dass Luxemburg Mitte Dezember 2008 eine Beteiligung von 49,9 Prozent hatte. Aus der Fortis wurde ein Jahr nach dem Crash die BGL BNP Paribas. Der luxemburgische Staat behält 34 Prozent Anteile.

Dexia und Fortis beschäftigten zu diesem Zeitpunkt hierzulande rund 6.000 Mitarbeiter. „Die Fortis hatte das Pech, mitten in einer Übernahme der ABN Amro zu stecken und

September 2009:

Der G20-Gipfel berät über Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft. Es kommt zu schärferen Regeln für Manager-Boni und Banken.

April 2010:

Die Euroländer einigen sich auf die Details eines Rettungspakets für Griechenland: bilaterale Kredite von bis zu 30 Milliarden Euro.

Dezember 2010:

Luxemburg fordert Euro-Bonds. Die deutsche Regierung lehnt gemeinsame Staatsanleihen der Euroländer strikt ab. Die Krisensteuer wird in Luxemburg eingeführt.

April 2011:

Zum ersten Mal seit der Finanzkrise wird der Leitzins der EZB auf 1,25 Prozent angehoben.

Juli 2009:

Die luxemburgische Filiale der Kaupthing Bank wird zur Havilland.

Februar 2010:

Griechenland steht vor der Pleite. Athen beschließt größere Sparanstrengungen.

November 2010:

Das angeschlagene Irland schlüpft unter den Rettungsschirm von EU und IWF.

März 2011:

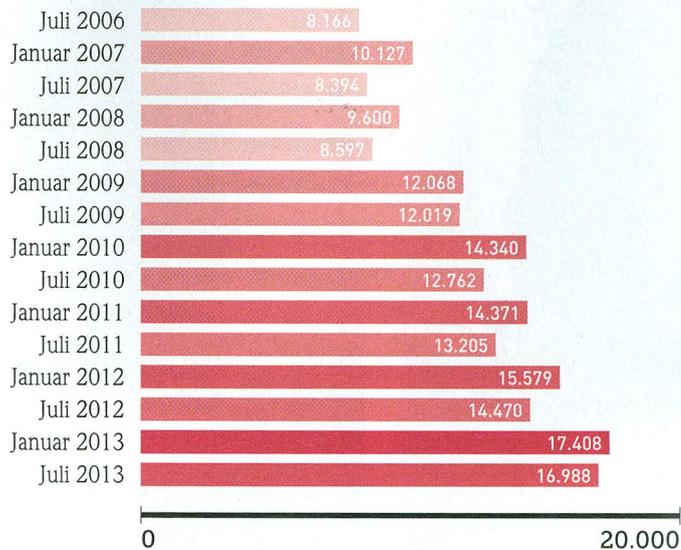
Neun Personen werden im Zusammenhang mit der Kaupthing-Pleite festgenommen.

daher viel Geld auf dem Geldmarkt leihen zu müssen“, erklärt Jean-Jacques Rommes. „Der riesige Schuldenberg hat das Vertrauen in die Fortis erschüttert. Bei der Dexia war es so, dass sie in ihrer Bilanzsumme zu viele Risiken aufgehäuft hatte.“

Auch zahlreiche andere Mutterhäuser von in Luxemburg niedergelassenen Banken traf es: die deutschen Landesbanken ebenso wie die Commerzbank, die ING in den Niederlanden, die KBC in Belgien. Überall in den jeweiligen Ländern musste der Staat einschreiten. „Der Staat musste intervenieren“, sagt Jean-Jacques Rommes. Er lobt das Krisenmanagement der Regierung. Doch was veränderte sich im Bankensektor? Bis zur Krise hatte er jahrelang geboomt. „Wir waren der Luxemburger Wirtschaft entrückt“, so Rommes. „Seit 2008 backen wir wieder kleinere Brötchen.“

Verschiedene Entwicklungen im Finanzsektor wurden beschleunigt: Dazu gehört die Tendenz zum Outsourcing. Darüber hinaus wurde international der Kampf gegen die Steuerhinterziehung angefacht und Länder wie Luxemburg wegen des Bankgeheimnisses unter Druck gesetzt. Zum 1. Januar 2015 tritt der automatische Informationsaustausch über Zinserträge in Kraft. Was die Aufgabe des Bankgeheimnisses betrifft, rechnet Rommes damit, „dass wir Kunden verlieren werden“. Die Strukturveränderungen fingen bereits 2009 an, als die OECD-Länder beschlossen, in einen Informationsaustausch auf Anfrage einzusteigen. Das Bankgeheimnis sei quasi schon damals liquidiert worden, so Rommes. Die Banken waren also darauf vorbereitet. „Wir sind nicht plötzlich in Panik verfallen“, sagt er. „Wenn es die Krise nicht gegeben hätte, hätte das Modell Quellensteuer durchaus eine Chance gehabt.“

ZAHL DER ARBEITSLOSEN



Quelle: Statec, Adern

DIE BANKEN IN ZAHLEN

Jahr	Zahl der Banken	Nettoresultat in Millionen €
2006	156	5.671
2007	156	4.739
2008	152	2.180
2009	149	2.056
2010	147	3.817
2011	143	2.490
2012	141	3.538
2013	142	/

Quelle: CSSF

CHRONOLOGIE

Oktober 2011:
In Belgien unterstützt der Staat die angeschlagenen Dexia-Bank finanziell.

Juli 2011:
Ein Sondergipfel der Euro-Staaten beschließt das zweite Hilfspaket für Griechenland über 109 Milliarden Euro.

1 Januar 2012:
Die Krisensteuer wird in Luxemburg abgeschafft.

Februar 2012:
Wegen stockender Verhandlungen droht Eurogruppen-Chef Juncker Athen mit dem Ende der EU-Hilfen.

Februar 2012:
Die Finanzminister der Euro-Staaten einigen sich auf das zweite Rettungspaket für Griechenland mit Hilfen in Höhe von bis zu 130 Milliarden Euro.

Juni 2012:
Zypern will Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm beantragen.

Juli 2012:
Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins auf einen historischen Tiefstand seit Einführung des Euro auf 0,75 Prozent.

Juli 2012:
Die 17 Finanzminister der Euro-Zone einigen sich auf Hilfen für Spanien. Auch die EU-Finanzminister stimmen zu.



Banken im Zwielficht: Der Crash von 2008 stürzte die Geldhäuser in eine Vertrauenskrise.

Die Zahl der Banken ist nach Angaben der Finanzaufsichtsbehörde CSSF zwischen 2007 und 2013 auf 142 gesunken. Allein im Winter 2008 auf 2009 sind am Bankenplatz rund tausend Stellen verloren gegangen, schätzt derweil Marc Glesener, Präsident der Bankengewerkschaft Aleba, die ihren Sitz am Boulevard Royal hat. Andererseits nahm die Zahl der Beschäftigten bei anderen Finanzdienstleistern zu. „Viele landeten in der Fondsindustrie“, stellt Glesener fest. „Aber nicht alle fassten dort Fuß.“ Der Gewerkschafter verweist auf die Vorruhestandsregelungen zahlreicher Geldhäuser. Von der Krise waren vor allem Grenzgänger betroffen – wie viele, ist nicht bekannt, da sie nicht in der Statistik der Adem auftauchen.

Die Arbeitsmarktsituation habe sich bis 2012 stabilisiert, sagt der Aleba-Präsident, der einen Trend zum Positiven feststellt. Allerdings kehrten laut Mitteilung der Europäischen Zentralbank im letzten Jahr von insgesamt 554 Kreditinstituten – Banken, ▶

März 2013:

Die Euro-Finanzminister einigen sich auf ein Hilfspaket für Zypern. Erstmals müssen sich Sparer an der Rettung beteiligen.

Mai 2013:

Der EU-Gipfel einigt sich darauf, das Bankgeheimnis für Bürger aus anderen EU-Staaten bis zum Jahresende weitgehend abzuschaffen.

Februar 2013:

Die EU-Kommission präsentiert ihre Vorschläge zur Finanztransaktionssteuer. Diese soll von 2014 an in elf Euro-Staaten gelten.

Mai 2013:

Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins auf den neuen historischen Tiefstand von 0,5 Prozent.



ÉCOLE PRIVÉE
GRANDJEAN asbl

RENTRÉE SCOLAIRE

2013-2014

BEP

Brevet d'études professionnelles
Métiers des Services Administratifs

Niveau français : 3^{ème} et Seconde
Niveau luxembourgeois : 10^{ème} et 11^{ème}

BAC STMG

Sciences et Technologies du
Management et de la Gestion

- Systèmes d'information de la gestion
- Marketing

Niveau français : Première et Terminale
Niveau luxembourgeois : 12^{ème} et 13^{ème}

BTS MUC

Brevet de Technicien Supérieur
Management des unités commerciales

7, rue Adolphe Fischer L-1520 Luxembourg

☎ 48 01 07

✉ epg@pt.lu

☎ 49 47 68

www.epg.lu

Sparkassen, usw. – 124 dem Finanzplatz den Rücken. Es gibt so viele Sozialpläne wie nie zuvor. Im ersten Quartal gingen den Banken fast 150 Stellen verloren. Mehr als die Hälfte der Sozialpläne im letzten Jahr wurden im Bankensektor ausgehandelt, zuletzt Ende Juli bei der Deutschen-Bank-Gruppe, die in ihren Luxemburger Niederlassungen etwa 175 Stellen abbaut.

Allgemein haben andere Bereiche des Finanzsektors an Bedeutung gewonnen.

Die gewachsene Fondsindustrie macht mittlerweile ein Drittel des Finanzplatzes aus und verzeichnete letztes Jahr Rekorde. Im Großherzogtum sind so viele Investmentfonds – 3.890 (Juni 2013) – angesiedelt wie nirgendwo sonst in Europa. Sie verwalten ein Vermögen von 2.523 Milliarden Euro. ABBL-Chef Rommes ist nach eigenen Worten „verhalten optimistisch“. Der Sektor hat sich gewandelt und wird sich weiter wandeln. „Die Goldgrube, die er einmal war, wird er nicht mehr sein.“

Die Krise brachte Regulierungsmaßnahmen mit sich. „Große Eingriffe“, wie Rommes sie beschreibt, die zwar die Finanzwelt revolutionierten, aber noch nicht alle umgesetzt wurden: das Basel III-Abkommen zur Eigenkapitalbasis und Liquiditätsvorschriften, die Bankenunion mit einer gemeinsamen Aufsicht, Krisenabwicklung und Einlagensicherung. Alle seien noch nicht am Ende angekommen. Immerhin verfügten die Banken heute über eine größere Eigenkapitaldecke, stellt Rommes fest. Im vergangenen Jahr ver-

ZU GERINGE REFORMBEREITSCHAFT

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die strukturellen Mängel Luxemburgs offenbart. Carlo Thelen, der Chief-Economist der Handelskammer, über die Folgen des Crashes und die Zukunft des Standorts.



Herr Thelen, welche direkte Auswirkung hatte die Finanzkrise 2008 auf Luxemburg?

Weil der Finanzplatz international aufgestellt ist, konnte Luxemburg nicht ungeschoren davonkommen. Sowohl die Bilanzsumme von minus 18 Prozent als auch das Nettoergebnis von minus 27 Prozent sind im Vergleich zu

2007 stark rückläufig. Als Beschäftigungsmotor hat der Bankenplatz an Dynamik verloren. Dass wir keine Bankenpleite oder eine Krise wie in Island hatten, ist darauf zurückzuführen, dass unser Bankenplatz breit aufgestellt ist und auf fünf Säulen ruht. Dies verhinderte Schlimmeres.

Welche sind die fünf Säulen?

Das Private Banking, die Investment Fonds, die Versicherungen und Rückversicherungen, die strukturierten Finanzprodukte sowie die internationale Kreditvergabe. Zusätzlich gibt es noch weitere Diversifizierungsbestrebungen, zum Beispiel in Bereichen der „Microfinance“, „Islamic Finance“, usw.

Die hierzulande angesiedelten isländischen Banken wie Landsbanki und Kaupthing machten Bankrott.

Genau. Sie hatten Konditionen, die nicht realistisch waren. Die Diskrepanz zur Realwirtschaft war einfach zu groß. In einer wenig diversifizierten Wirtschaft wie der isländischen hatte dies gleich gravierende Auswirkungen.

Die luxemburgische Regierung griff bei der damaligen Dexia BIL sowie bei BGL ein, damals Fortis. Hat sie richtig reagiert?

Absolut. Die Operation Fortis BGL ist gelungen. Der Staat kann im Nachhinein Dividenden und längerfristig einen Mehrwert daraus

ziehen. Auch bei der Operation Dexia lag die Regierung richtig. Was die Auswirkungen der Finanzkrise betrifft, so haben sich die Konsolidierungstendenzen verstärkt. Die Anzahl der hier ansässigen Banken ist von 156 Ende des Jahres 2007 auf 142 diesen Juli zurückgegangen. Im Zuge der internationalen Regulierungswelle können kleinere Bankhäuser kaum noch überleben.

Was hat sich noch verändert am Finanzstandort?

Zu bedauern ist, dass alles, was in Europa irgendwie grenzüberschreitend oder transnational ist, suspekt geworden ist. Das gilt nicht nur für den Finanzplatz. Dabei lebt aber gerade dieser von seiner internationalen Ausrichtung. Nationale Egoismen sind stärker geworden, neue Auflagen erschweren das Geschäft. Das ist nicht gut für Luxemburg.

Schnell wurde aus der Finanz- auch eine Wirtschaftskrise. Wie gravierend war dies für Luxemburg?

Die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch von 4,4 Prozent (2007) auf sieben Prozent heutzutage. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit nahm enorm zu. Auch die Zahl der Firmenpleiten wuchs von 659 (2007) auf 1.050 (2012), wobei dies aber nicht nur mit der Krise zu tun hat und eine Insolvenz nicht immer negativ zu bewerten ist. Besonders besorgniserregend ist, dass wir seit 2007 kein Wachstum mehr verzeichnen. Dabei braucht unser Geschäftsmodell Wachstum. Auch vor der Krise hatte Luxemburg schon Strukturprobleme. Diese sind durch die Krise massiv zum Vorschein gekommen. Dies gilt vor allem für die Lohnstückkosten. In der Eurozone sind diese von 2005 bis 2012 um zwölf Prozent gestiegen, in Luxemburg um 31 Prozent. Für ein Land, das 80 Prozent seiner Produktion exportiert, ist das gefährlich und nicht nachhaltig.

Wo sehen Sie noch Defizite der Luxemburger Wirtschaft?

Wir waren schon immer von der ausländischen Wirtschaft sowie von internationalen Entscheidungsträgern und Investoren abhängig. Daher muss man stets darauf achten, dass man seine Hausaufgaben macht und als Standort attraktiv bleibt. Die Ursachen für



Im Spiegel der Banken: Der Finanzplatz befindet sich im Wandel.

zeichneten die Banken am Finanzplatz wieder steigende Gewinne, die mit 3,5 Milliarden Euro doppelt so hoch lagen wie 2011. So erzielte die BCEE einen Gewinn von 198 Millionen Euro, 6,1 Prozent mehr als im Vorjahr.

Doch bei der Finanzkrise im Jahr 2008 ist es nicht geblieben. Sie schwappte schnell auf die reale Wirtschaft über. Viele Industrieländer rutschten in die Rezession. Der Konsum ging weltweit zurück, die Industrieproduktion brach ein. Vor allem die Auto- und

Maschinenindustrie traf es hart. Weltweit verloren Millionen ihren Arbeitsplatz. Aus der Finanz- wurde eine Wirtschaftskrise. Im Jahr 2009 gingen in Europa ein Fünftel mehr Firmen Pleite als im Jahr zuvor. Das Bruttoinlandsprodukt der gesamten EU brach um 4,2 Prozent ein.

Auch hierzulande kam es in der Gesamtwirtschaft zu einer „Vollbremsung“ nie gekannten Ausmaßes, wie es der damalige Wirtschaftsminister Jeannot Krecké ausdrückte. ▶

hohe Produktionskosten – neben Lohnkosten auch Energie, Transport, Mieten und Grundstücke – und die hohe Inflation sowie der hohe bürokratische Aufwand wurden nicht genügend bekämpft. Wir haben eine starke Deindustrialisierung. Die Arbeitsplätze, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, entstanden vor allem im öffentlichen Bereich und in den nicht marktorientierten Dienstleistungen, zum Beispiel im sozialen Bereich. Unser Arbeitsrecht ist im Vergleich zum Ausland relativ starr. Das Krisenmanagement in der akuten Phase der Finanzkrise war lobenswert, aber strukturell ist zu wenig unternommen worden. Zwar gab es eine Pensionsreform, die aber nicht ausreicht. Auch die Schulreform kommt nur schleppend voran und ist mittlerweile schon zu sehr verwässert worden, unter dem Druck verschiedener Interessengruppen. Wir haben im Allgemeinen eine zu geringe Reformbereitschaft in Luxemburg.

Welche Auswirkungen hat die Euro- bzw. Schuldenkrise auf Luxemburg?

Während es für Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Zypern dramatische Auswirkungen gibt, ist Luxemburg bis jetzt mit einem blauen Auge davon gekommen. Der Euro ist für Luxemburg von immenser Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Regierung so stark für sein Überleben eingesetzt hat. Ohne den Euro wäre unser Geschäftsmodell nicht denkbar. Was die öffentlichen Finanzen angeht, ist in den letzten Jahren leider eine negative Tendenz festzustellen.

Die öffentlichen Schulden sind gestiegen...

Und zwar seit 2008 um 71 Prozent. Dem Zentralstaat (Anm. d. Red.: ohne Gemeinden) fehlen eine Milliarde Euro pro Jahr. In den Jahren 2009 und 2010 war das vertretbar, da die Regierung eine antizyklische Politik angewandt hatte. Allerdings war es ein

Fehler, die Krisensteuer abzuschaffen. Die Ausgaben nahmen zwischen 2007 und 2012 um 42 Prozent zu, die Einnahmen nur um 25 Prozent. Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist wichtig für unsere Glaubwürdigkeit für unsere Bonität. Der Verlust des „AAA“-Ratings würde ein Verlust Luxemburgs an Attraktivität bedeuten. Weniger Investitionen und Beschäftigung wären die Folgen. Früher war Luxemburg in der Eurozone ein „Outperformer“ (Anm. d. Red.: eine bessere Wertentwicklung als ihr Vergleichsindex), weil die Konjunktur gut war und sich der Finanzsektor sehr dynamisch entwickelte. Diese Situation haben wir nicht mehr. Unsere wirtschaftlichen Prognosen sind mit jenen unserer Nachbarländer vergleichbar. Das reicht für ein Land mit einem teuren Sozialmodell wie Luxemburg nicht. Dieser Paradigmenwechsel setzt voraus, dass die neue Regierung nach den Wahlen beherzt und mutig die nötigen Reformen durchführt.

Ist ein Ende der Krise abzusehen?

Momentan herrscht noch viel Unsicherheit bei den Konsumenten, Unternehmen und Investoren. Die Märkte sind noch reichlich volatil. Der Zustand auf den europäischen Arbeitsmärkten bleibt weiterhin besorgniserregend. In Luxemburg ist die Zeit von hohen Wachstumsraten vorbei. Es gibt Nischen, die wir besetzen können. Ein hohes Potenzial besteht nach wie vor in Bereichen wie Finanzdienstleistungen, Logistikzentrum, Freeport, Informations- und Kommunikationstechnologien, Gesundheits- und Umwelttechnologien, Tourismus, Handel, usw.

Was muss getan werden?

Punktuelle Vorteile müssen intelligent kombiniert und größere Wirtschaftsaktivitäten konsolidiert werden. Wir müssen im Wettbewerb der Ideen stark und besser als die anderen sein, einfachere Prozeduren haben, unsere Forschung ausbauen, die Universität weiterentwickeln, die Produktionskosten und Staatsfinanzen in den Griff bekommen. Das alles zusammen kann zu einer neuen Dynamik und zu neuem Wachstum führen. Aber in einer globalisierten Welt, in der Luxemburg in Konkurrenz mit anderen Regionen, Clusters, Ideen und Systemen steht, wird alles schwieriger als früher. Es ist nicht zu spät, um die sich aufdrängenden struktur- und gesellschaftspolitischen Reformen anzugehen. Um diese relativ schmerzlos zu vollziehen, muss die neue Regierung auch unpopuläre Maßnahmen resolut umsetzen und deren Notwendigkeit den Bürgern gut erklären.

Die Strukturprobleme sind durch die Krise massiv zum Vorschein gekommen.



„Die Goldgrube, die er einmal war, wird der Finanzplatz nicht mehr sein.“

Jean-Jacques Rommes, ABBL



Im ersten Halbjahr 2009 meldete die Autobranche elf Prozent weniger Fahrzeuge an als im Vorjahr. Sie hat sich bis heute nicht richtig erholt. Ebenso betroffen war der Bausektor.

Ein konjunktureller Seismograph war die Leiharbeit: Im ersten Trimester 2009 ging die Zahl der Leiharbeiter gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27 Prozent zurück. In einigen Monaten meldeten mehr als hundert Firmen wie zum Beispiel der Reifenhersteller Goodyear Kurzarbeit an. Die Kurzarbeitsregelung erwies sich als probates Mittel, um Entlassungen zu verhindern. Dennoch stieg die Zahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahres um mehr als 4.000. Aus einer Wirtschafts-

krise drohte eine soziale Krise zu werden. Sie trieb viele auf die Straße. So demonstrierten am 16. Mai 2009 etwa 20.000 Menschen in der Hauptstadt gegen den Sozialabbau.

Viele Staaten reagierten mit die Konjunktur fördernden Maßnahmen, so auch Luxemburg. „Bereits in der Bankenkrise handelte die Regierung richtig. Auch danach war es wichtig, antizyklisch zu reagieren“, so Jean-Jacques Rommes. „Aber das geht nicht ewig so. Von 2010 bis 2012 haben wir die falsche Politik gemacht. Wir sagten, wir würden 2014 aus dem Schuldenloch herauskommen. Nun wird den Wählern gesagt, dass wir 2017 herauskommen. Das würde aber nur funkti-

onieren, wenn wir in die Welt von vor 2008 zurückkämen. Das werden wir aber nicht.“

Die Gewerkschaften beklagen derweil die „Austeritätspolitik“ der Regierung, die OGBL-Präsident Jean-Claude Reding als eine Ursache für den Rückgang der Kaufkraft hierzulande sieht. Der Gewerkschafter verweist auf den Rückgang der Reallöhne. Laut Statec-Prognose werden diese auch 2013 sinken. Die Staatsverschuldung von fast allen europäischen Ländern stieg deutlich, um die Banken zu stabilisieren. Vor allem Südeuropa erfasste die Schuldenkrise. Länder wie Griechenland, Portugal, Italien und Spanien glitten in die Rezession. Die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft. Auf Luxemburg wirkte sich die griechische Krise nur wenig aus. Doch auch hierzulande schlägt die Arbeitslosigkeit neue Rekorde. Im Juli meldete die Adem knapp 17.000 Jobsuchende und eine Quote von sieben Prozent. Etwa 4.600 Personen befinden sich in Beschäftigungsmaßnahmen.

„Unsere größten Probleme sind die Jugendarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit der Menschen über 50“, erklärt OGBL-Präsident Reding. Letztes Jahr wurde zudem die kritische Marke von tausend Firmenpleiten erstmals überschritten. Betroffen waren zumeist kleinere und mittlere Betriebe. Aber auch Konzerne wie ArcelorMittal machten Negativschlagzeilen: Der Stahlriese legte sein Werk in Schifflingen still. Seit Jahren schließt er Standorte in der Großregion. Die Demonstrationen der belgischen und französischen Stahlarbeiter zeigten deren Ohnmacht.

Die Krise ist zu einem Dauerzustand geworden. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. Die hiesige Wirtschaft verzeichnete 2012 laut Statec ein Wachstum von 0,3 Prozent. „Wir blicken auf fünf verlorene Jahre zurück“, sagte Statec-Direktor Serge Allegrezza im Mai. „Der Aufschwung ist um ein weiteres Jahr nach hinten verschoben.“ Für dieses Jahr rechnet der Statec mit einem Wirtschaftswachstum von einem, für 2014 mit 2,3 Prozent. Damit die Arbeitslosigkeit sinkt, muss Luxemburgs Wirtschaft aber stärker wachsen.

Anders N. hat nach dem Börsencrash 2008 schnell wieder einen Job gefunden. Der Mittvierziger kam bei einer anderen Bank unter. Die Familie hat ein Haus gekauft. „Doch nichts mehr ist so, wie es einmal war“, sagt Anders N. – die Zukunftsangst sei geblieben. „Es kann jederzeit wieder zu einem Crash kommen.“